

Polizeimissionen auf dem Balkan – Gewaltexplosion im Kosovo

Besuch bei EUPM und UNMIK Police 15.-17. März 2004

von Winfried Nachtwei, MdB

Vom 15.-17. März 2004 besuchten Silke Stokar, innenpolitische Sprecherin der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Winfried Nachtwei, sicherheitspolitischer Sprecher und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, und Tobias Münchmeyer, Mitarbeiter von W. Nachtwei, die Polizeimission der EU in Bosnien-Herzegowina (EUPM) und der UN im Kosovo.

Ziel der Reise war, angesichts der hohen strategischen Bedeutung, aber relativ geringen Beachtung der Polizeimissionen in Parlament und Öffentlichkeit die Arbeit insbesondere der deutschen Polizisten näher kennen zu lernen, den Beamten Unterstützung zu zeigen und Anregungen für die Weiterentwicklung des Instruments Polizeimissionen zu gewinnen. Die Reise bekam dadurch höchste Aktualität, dass der Kosovo-Besuch in die Stunden vor der Gewaltexplosion vom 17./18. März fiel. Zu den Ereignissen nach unserer Abreise aus dem Kosovo sind einige Augenzeugenberichte von UNMIK-Mitarbeitern angefügt.

Die PolizistInnen im Auslandseinsatz wirken in verschiedener Weise beim Aufbau rechtsstaatlicher Polizeien mit. Das dient auch elementaren deutschen und europäischen Sicherheitsinteressen. In gewaltbereiten Nachkriegsgesellschaften ist das ein geduldiges Bohren ganzer Bretterstapel. Dafür verdienen die Beamten die Aufmerksamkeit, den Dank und vor allem die volle Unterstützung von Politik und Öffentlichkeit.

(Berichte von Besuchen bei deutschen Polizeiberatern in Kabul und Kunduz vgl. www.nachtwei.de; zu Polizeimissionen generell: Dokumentation der Anhörung „Wer den Frieden will, bereite den Frieden vor – Beiträge zur Stärkung der zivilen Säulen internationaler Friedensmissionen“ am 12.10.2001 in Berlin, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen lang & schlüssig 14/45, S.66-92)

EUPM in Sarajevo/Bosnien und Herzegowina (BiH)

14./15. März

Gesprächspartner waren der deutsche Geschäftsträger a.i. Achim Tröster, der Leiter der EUPM, Bartholomew Kevin, der stellvertretende EUPM-Leiter Gerd Thielmann, der EUPM-Chefberater für den staatlichen Grenzschutz Carl-Ulrich Stoltz, der stellvertretende EUPM-Pressesprecher Kilian Wahl sowie ca. zehn BeamtInnen aus verschiedenen Arbeitsfeldern beim Abendessen.

Die **European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina (EUPM)** ist die erste nicht-militärische Krisenmanagement-Operation der EU im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Sie beruht auf einer „Gemeinsamen Aktion“ der EU vom 11.3.2002, löste am 1.1.2003 die IPTF der UN ab und ist bis Ende 2005 terminiert. Die EUPM umfasst 550 PolizistInnen aus 33 Nationen, davon 80 aus der Bundesrepublik und 20% aus Nicht-EU-Mitgliedsstaaten. Hinzu kommen 50 zivile Experten, davon sechs Deutsche, und 300 lokale Mitarbeiter.

Auftrag der EUPM ist die „Etablierung einer nachhaltigen Polizeistruktur unter BiH Verantwortung, die die besten europäischen und internationalen Standards erfüllt.“ (Gem. Aktion)

Im Unterschied zur Vorgängermission liegt nun die Verantwortung bei den örtlichen Behörden. Aufgabe der EUPM ist, Arbeit und Aufbau der hiesigen Polizei zu überwachen, zu beraten und fördern, zu kontrollieren. Im Unterschied zur UNMIK Police im Kosovo hat sie kein exekutives Mandat. EUPM soll erreichen, dass die Führungskräfte der mittleren und oberen Ebene ihre Verantwortung wahrnehmen.

Angesichts der **politischen Stagnation** in Bosnien-Herzegowina wird inzwischen verstärkt über eine Weiterentwicklung von Dayton diskutiert. Das in Dayton geschaffene System von schwachem Gesamtstaat, zwei Entitäten und zehn Kantonen jeweils mit Parlamenten und Regierungen schafft nicht nur eine weltweit beispiellose Ministerdichte (130 auf 3,5 Mio. Einwohner). Es bedeutet vor allem institutionalisierte Blockade. Ein 16-Punkte-Papier vom Dezember (Unterzeichner u.a. Hans Koschnik) wie auch die European Stability Initiative (ESI) fordern eine Änderung der Staatskonstruktion. Vorgeschlagen wird u.a. ein Verzicht auf die mittlere Ebene der Entitäten und eine Stärkung der Bundesebene.

Am Flughafen Sarajevo Unterrichtung und Besichtigung zum Aufbau des bosnischen **staatlichen Grenzschutzes (State Border Service/SBS)**. Damit wurde vor vier Jahren begonnen. Die Bundesrepublik trägt hier die Führungsverantwortung und stellt zzt. drei Beamte. Hinzu kommt je ein EUPM-Berater aus Frankreich und Italien.

Zurzeit hat der Grenzschutz eine Stärke von 2.000, geplant sind 2.500. Ein funktionierender Grenzschutz ist elementar für das gesamte Sicherheitsgebäude. Seine Fähigkeiten müssen weiter ausgebaut werden, zumal es oft keine exakten Grenzmarkierungen gibt und es viele Interessen an einer Änderungen der Grenzen gibt. Bosnien ist ein Transitland. Bei ca. 400 Passagen über die Grenzen fällt die Errichtung von technischen Sperren schwer.

Die neuen Grenzschützer stammen aus der städtischen Polizei und seien noch ziemlich weit von einem „gestandenen“ Grenzschutz entfernt. Sie waren an ein „Kommandosystem“ gewohnt und sollen nun zu eigenständigen Mitarbeitern werden. Das gehe nur *mit* den Leuten, argumentativ und mit Vorbild – „steter Tropfen höhlt den Stein“. Jetzt soll die mittlere Führungsebene erreicht werden. In der Grenzschutzschule teilen sich immer ein Serbe, ein Kroat und ein Bosnier ein Zimmer. Das sei gerade in der Prägungsphase von Polizisten sehr wichtig. Beim letzten Lehrgangsabschluss lagen sich alle in den Armen, flossen Tränen. Zzt. ist noch offen, ob wegen Budgetproblemen ca. 300 ausgewählte Bewerber aus den Kantonspolizeien übernommen werden können. Das behindert den weiteren Aufbau. Es ist, als würde ein Kind auf Diät gesetzt. Käme es auch noch wie erwogen zu Gehaltskürzungen, würde das der Korruption Auftrieb geben. Aus amerikanischer Sicht sei hier die Politik von oben bis unten und rechts bis links korrupt.

Bis 2005 sei der Aufbau eines funktionierenden Grenzschutzes nicht abzuschließen.

In der Leitung des Grenzschutzes, die aus drei Direktoren aus den drei Ethnien besteht, hat sich ein akutes Problem aufgetan: Die serbische Stelle wurde von der Präsidentschaft ohne Ausschreibung mit einem Mann ohne jede Führungserfahrung und unter Überspringen von vier Rängen besetzt. Der Mann hat heute den Dienst aufgenommen. Das jetzt gültige Polizeigesetz sieht für eine solche Stelle 16 Berufsjahre vor. Offenbar versuche hier die Politik ein U-Boot unterzubringen. Wenn jetzt nicht ein Nagel eingeschlagen werde, werde der Einflussnahme Tür und Tor geöffnet. (Inzwischen reichte der Betreffende seinen Rücktritt ein, nachdem es Druck seitens des Hohen Repräsentanten gegeben hatte.)

Bei einem kurzen Rundgang besuchen wir zuerst das Docucenter: Mit einer modernen Anlage („Donated by Germany“) können verdächtige Personaldokumente überprüft und Fälschungen festgestellt werden. Hier arbeitet ein BGS'ler aus Hamburg als Co-Locator. Bei 360.000 Ein- und Ausreisen in 2003 konnten 260 Fälschungen entdeckt werden. Nächste Station sind die hochmodernen Geräte des Sprengmittelteams („Entschärferausrüstung“), die ebenfalls von

Deutschland gestellt wurden: neben einem speziellen Einsatzfahrzeug ein Manipulator, der 80% der Arbeit erledigt.

Im Gegensatz zum Grenzschutz am Flughafen seien andere Grenzstationen erbärmlich ausgestattet.

Das **Hauptquartier der EUPM** ist im Gebäude der UN untergebracht. Das Kriegswahrzeichen von Oslobodenje, der tapfer-unabhängigen Zeitung während des Krieges, gibt es nicht mehr und ist jetzt zu einem Geschäftskomplex umgebaut worden. Der EUPM Leiter Carty aus Irland ist erst kurz im Land. Er folgte dem Dänen Commissioner Sven Frederiksen, der im Januar plötzlich verstarb. Frederiksen engagierte sich mehr als ein Jahrzehnt für Peace Building und Rule of Law auf dem Balkan. Als im Herbst 1999 eine Delegation des Verteidigungsausschusses erstmalig den Kosovo besuchte, trafen wir auch mit Sven Frederiksen zusammen. Seitdem hatte der Verteidigungsausschuss neben den Bundeswehreinheiten aus „Eigeninteresse“ auch die Polizeieinheiten im Blick: Der Aufbau von Organen Innerer Sicherheit ist die notwendige Bedingung dafür, dass militärische Stabilisierungsbeiträge reduziert und mittelfristig eingestellt werden können.

Der stellvertretende EUPM-Leiter Gerd Thielmann, im hessischen Innenministerium zuständig für Aus- und Fortbildung und Auslandseinsätze, ist seit Oktober 2002 im Land und seit Juli 2003 Deputy Commissioner. Als einer von zwei Stellvertretern ist er zuständig für das Sicherheitsministerium, Grenzschutz, Zentrales Kriminalamt (State Information and Protection Agency/SIPA), Interpol Sarajevo, Schwer- und Organisierte Kriminalität.

Wie das mit Dayton geschaffene Staatsgebilde ist auch die Polizei ausgesprochen kompliziert und kontraproduktiv organisiert. Die gesamtstaatliche Ebene, die bewusst schwach gehalten wird und wo es nicht einmal ein „BMI“ gibt; die Entitäten-Ebene der Föderation, der Republika Srpska, des Brcko-Districts; schließlich die Ebene der zehn Kantone in der Föderation. Insgesamt gibt es in diesem Land von der Größe Irlands 22 eigenständige Polizeien. Eine gesamtstaatliche Polizei ist vorläufig nicht durchsetzbar.

Der Aufbau einer funktionsfähigen Polizei hier habe größte Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik, es sei regelrecht ein vitales deutsches Interesse. BiH müsse EU-fähig werden – alles andere wäre verheerend, hätte eine Implosion zur Folge. EUPM sei ein Element innerhalb des größeren EU-Engagements in der Region, aber zugleich der erste Test der ESVP. Der dürfe nicht fehlschlagen.

Strategische Prioritäten:

- Schutz von Flüchtlingen und Vertriebenen (Sicherheitslage in den Rückkehrergebieten, Minderheiten in den örtlichen Polizeien)
- Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und des Menschenhandels (Überwachung von speziellen Einsätzen der örtlichen Polizei, Neuorganisation der kriminalpolizeilichen Abteilungen)

Weitere Herausforderungen:

- Stärkung der Behörden auf Staatsebene (Grenzschutz, SIPA) und Aufhebung der ethnischen Trennung in der polizeilichen Zusammenarbeit
- Entpolitisierung der Polizeiarbeit (Einmischung in Personal- und Disziplinarentscheidungen sowie Manipulation von Ermittlungs- und Strafverfahren verhindern)

Der politische Kontext ist äußerst ernüchternd: objektive Medien gebe es nicht, sie seien parteiisch und Sprachrohre von Hardlinern; Parteien seien auf Linie ausgerichtet und ohne demokratisches Leben; eine Denkweise herrsche vor, die sich selbst immer benachteiligt und andere bevorteilt sehe; eine Bürgerrechtsbewegung gebe es kaum.

Das Mandat läuft bis Ende 2005. Alles andere wäre eine schädliche Botschaft. Eine bloße Verlängerung dieser Mission sollte es nicht geben, aber vielleicht einen anderen Ansatz mit geringeren Kräften. Bei normaler Polizeiarbeit muss die Übernahme bald kommen. Mit den Fähigkeiten zur Bekämpfung Organisierter Kriminalität ist es was anderes.

Das Mandat erlaubt eine Weitergabe polizeilicher Informationen nur nach Brüssel. Verbindungen in die jeweiligen Hauptstädte bilden eine Grauzone und werden unterschiedlich praktiziert.

Die Stehzeit sollte für die Beamten in der Regel nicht länger als ein Jahr sein. Ansonsten droht eine Entfremdung von der eigenen Organisation, Maßstäbe können verloren gehen, es fehlt die soziale Kontrolle. Vielleicht zehn Beamte haben ihre Partner hier.

Abendessen **mit deutschen EUPM-Beamten** auf Einladung von Geschäftsträger Tröster im Restaurant Image außerhalb von Sarajevo an der Straße nach Tuzla.

Viele sind zum wiederholten Mal im Auslandseinsatz, einer war dreimal seit 1997 in einem Einsatz der International Police Task Force (IPTF), einer war sechsmal draußen.

Beispiele werden genannt für die Fortexistenz alter Mentalitäten und den Hass zwischen den Ethnien. Hoffnung setze man auf die Jüngeren. Polizeimissionen seien unverzichtbar und sinnvoll.

Die Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren seien in den Bundesländern recht unterschiedlich. Die Reaktionen in den Heimatdienststellen reichen von voller Unterstützung (ein Beamter hat seinen Polizeipräsidenten für eine Woche her geholt) bis zur Unterstellung, Auslandseinsatz sei „Urlaub“.

Die Erfüllung der Missionszahlen fällt schwer. Manche Länder schicken gar keine Beamten in bestimmte Missionen. Demgegenüber betonte Außenminister Joschka Fischer bei seinem kürzlichen Besuch in Sarajevo, dass Auslandseinsätze eine Daueraufgabe der Polizeien seien. Vielleicht wäre ein Missions-Pool wie bei der GSG 9 über zehn Jahre angebracht. Aber in Deutschland herrsche der Rotstift: deshalb werden Kontingente reduziert, deshalb werde die Stelle des Deputy Head of Police Mission nicht nachbesetzt. Die Deutschen seien die gründlichsten Buchhalter Europas. Ein Beamter ist mit uns wegen der Verspätung des Berlin-Fliegers unverschuldet einen Tag später in Sarajevo eingetroffen. Dafür musste er nicht nur die Hotelkosten in Wien zahlen. Ihm werden auch 120 € abgezogen. Von solchen bürokratischen Angriffen auf die Dienstmotivation kann einiges erzählt werden.

Kontrovers wird der deutsche Föderalismus diskutiert. Einerseits seien dadurch ganz viele Instanzen beteiligt, was erheblichen Verschleiß bedeute. Andererseits bringe das deutsche föderale System auch die positive Vielfalt einer zivilen Polizei mit sich, im Gegensatz zum System der französischen Gendarmerie, der italienischen Carabinieri, der spanischen Guardia Civil mit ihrer militärischen Organisationsstruktur.

Unter den ca. zehn Gesprächspartnern sind zwei Beamtinnen. Bei anderen Nationen sei der Frauenanteil höher.

Ausgesprochen hinderlich sei, dass es auf den Dienstposten keine einheitlichen Übergabezeiten zwischen den gehenden und kommenden Beamten gebe. Einheimische Blockierer spekulieren gezielt auf Personalwechsel und die damit einhergehende institutionelle Vergesslichkeit, aufgrund derer die Nachfolger wieder bei Null anfangen müssten. Ein bis zwei Wochen Übergangszeit wären angebracht.

Mit dem veränderten Aufgabenprofil bei EUPM steigen auch die Anforderungen an die entsandten Beamten. Zu achten sei auf mehr Qualität und gezieltere Verwendungen. Einer betont: „Ich habe genug Perlen. Ich brauche Juwelen!“

Was sind europäische Standards angesichts unterschiedlicher Polizeikulturen? Im Vordergrund stehe, wie man gemeinsam gegenüber den Locals agieren kann. Im Sinne der Kontinuität wäre aber zu begrüßen, wenn bestimmte Funktionen nach Nationen besetzt würden. Andernfalls seien die Widersprüche zu groß. Sinnvoll sei auf jeden Fall eine Internationalisierung der Trainerausbildung und eine Angleichung polizeilicher Standards. Hierfür seien Initiativen und Vorgaben der Politik notwendig. In Butimir sei jetzt ein Peace-Support-Training-Center geplant.

Ein Jahr Heimataufenthalt sei angesichts der Urlaubs- und Einsatzvorbereitungszeiten zu kurz.

Nach ca. drei Stunden sehr offener und informativer Gespräche bedanken sich die PolizistInnen für unser aktives Zuhören.

(Weitere Informationen: Broschüre "European Union Police Mission in Bosnia and Herzegovina, PPIO REVIEW 2003 – THE FIRST YEAR"; www.eupm.org; Dokumentation der Studienreise „Friedensarbeit auf dem Balkan - Zivile Konfliktbearbeitung im ehemaligen Jugoslawien“ vom 7.-14.4.2002, Internationales Bildungs- und Begegnungswerk/IBB Dortmund 2003)

Kosovo – die Stunden vor der Gewaltexplosion

Gesprächspartner waren der Leiter des Dt. Verbindungsbüros, Peter Rondorf, der Leiter der UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) Police, Commissioner Stefan Feller, der UNMIK-Chef, Special Representative of the Secretary General (SRSG) Harri Holkeri, der Chef der ersten UNMIK-Säule (Polizei, Justiz) Deputy SRSG Jean-Christian Cady, leitende Polizisten vom Büro für Organisierte Kriminalität (KOCB), KFOR-Kommandeur General Holger Kammerhoff, Parlamentspräsident Prof. Daci, Premierminister Dr. Rexhepi, der Leiter des dt. Polizeikontingents Kelbch, der Leiter UNMIK Police Prizren Wolfgang Zillekens, der Leiter der Lipjan Police Station Siegbert Haensel, Michael Rühl und Niels Zimmermann vom German Support Team, Erich Rathfelder, taz-Korrespondent mit mehr als zehnjähriger Balkan-Erfahrung.

Dienstag, 16. März

Sofort nach Eintreffen in Pristina am Mittag des 16. März erfahren wir von den sich seit Wochen häufenden **gewalttätigen Zwischenfällen**. Im Gang zum UNMIK-Polizeichef hängen vor dem Büro eines Mitarbeiters Kleinplakate, die Martin Luther King vor einem Foto mit Mahatma Gandhi zeigen und zwei Zitaten von ihnen in Englisch und Albanisch:

„ (...) Intolerance is violence to the intellect and hatred in violence to the heart.“ (Gandhi 1942) “World peace through nonviolent means is neither absurd nor unattainable. All other methods have failed. Thus we must begin anew. Nonviolence is a good starting point. Those of us who believe in this method can be voices of reason, sanity, and understanding amid the voices of violence, hatred, and emotion. We can very well set a mood of peace out of which a system of peace can be built.“ (King 1964)

Am 6.3. wurden am Zaun des UN-Hauptquartiers in Pristina 4,5 kg TNT gefunden. Am vergangenen Freitag, 12.3., wurde ein Handgranatenanschlag auf das Haus von Präsident Rugova verübt. Am gestrigen Montagabend (15.3.) wurde in der serbischen Enklave Caglavica, unmittelbar südlich Pristina, ein serbischer Neunzehnjähriger mutmaßlich von albanischen Tätern durch mehrere Schüsse schwer verletzt und in das serbische Krankenhaus in Nord-Mitrovica eingeliefert. Seitdem besteht kein Zugang zu ihm, ist also auch die weitere Aufklärung des Tathergangs (ob ethnischer oder „normal“ krimineller Hintergrund) behindert.

In Caglavica wurde daraufhin die Verbindungsstraße nach Skopje (Skopje-Highway) blockiert. In der nahen, größeren Enklave Gracanica kam es ebenfalls zu Straßenblockaden. KFOR, UNMIK-Police und Kosovo Police Service (KPS) sind vor Ort. Der Vorwurf ging um, KFOR und UNMIK könnten nicht den Schutz der serbischen Minderheit garantieren. UN- und KFOR-Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen. Heute Vormittag wurde eine Mercedes-Niederlassung demoliert, die sich in Besitz eines Albaners befindet.

Am heutigen Dienstag fanden landesweit an 27 Orten Demonstrationen gegen die Verhaftung von UCK-„Kriegshelden“, de facto mutmaßlichen Kriegsverbrechern, statt. Organisiert wur-

den sie von dem „Veteranenverband“ der UCK. Die ca. 2.500 Demonstranten in Pristina haben sich inzwischen aufgelöst. In Prizren waren Parolen zu hören wie „unsere Waffenlager sind voll, unsere Geduld geht zu Ende, nieder mit den Vereinten Nationen!“ Der Bürgermeister wurde bedroht, die LDK sei eingeschüchtert. Die Organisatoren hätten Geld, steckten alle in der Organisierten Kriminalität.

An KFOR ging von UNMIK die Anforderung, landesweit ihre Präsenz voll hochzufahren. Zzt. laufe ein Prozess der Polarisierung und Fragilisierung, die Lage sei zerbrechlich. Man hat kein gutes Gefühl, da laufe mehr als Mobilisierung für den Wahlkampf.

Demo-Lagen dürfen sich nicht vermischen. Dabei sei das Versammlungsrecht sehr „polizei-freundlich“. KFOR sei bei Bedarf immer schnell vor Ort, binnen einer halben Stunde. Ein taktischer Nachteil seien die wenigen Hubschrauber.

In 2000 verfügte **UNMIK** noch über 4.700 internationale Polizisten, in 2002 noch 4.500. Heute sind noch 3.458 aus 48 Nationen vor Ort, darunter ca. 900 in acht Special Police Units (Einsatzhundertschaften) u.a. aus Indien, Pakistan, Ukraine, Argentinien, Polen, Rumänien, Jordanien. Das dt. Kontingent umfasst 280 Beamte. (im November 2003 noch 328)

Zum **KPS** gehören 6.250 Polizisten, geplant sind 6.500. Bisher ist ein Drittel der ca. 33 Polizeistationen in den „Landkreisen“ KPS-selbständig, in 2004 sollen weitere zwölf selbständig werden, in 2005 der Rest. Im 2. Halbjahr 2006 soll auch das Hauptquartier übergeben werden. In 2003 wurde UNMIK Police um 12% reduziert, für 2004 ist eine Reduzierung um 29%, für 2005 um 40% beabsichtigt. Bei KFOR sieht man das mit Sorge, plädiert für gleich bleibende Personalstärke zumindest bis Ende 2004. Die UN-Zentrale bzw. die Mitgliedsstaaten wollten aber Geld sparen.

Ein Handikap für die deutschen Beamten ist – zumindest in leitenderen Funktionen – die als zu kurz empfundene Stehzeit. Um gute Kontakte, Beziehungen und Vertrauen aufbauen zu können, brauche man mehr Zeit. Kontingentwechsel seien für den KPS irritierend. KPS-Polizisten haben nach dreimonatiger Ausbildung UNMIK-Betreuer zur Seite. Da wäre mehr Kontinuität sehr angebracht. (Überhaupt wirken die Internationalen für die einheimische Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht irritierend: durch die Vielfalt der internationalen Organisationen, durch die vielen Nationalitäten mit ihren unterschiedlichen Standards und Kulturen, durch die ständige Personalfluktuaton.)

Das **KOCB** ist seit September 2003 voll einsatzfähig und umfasst ca. 100 Beamte aus 16 Nationen, ein Viertel aus der Bundesrepublik. Die Dauer von Ermittlungen im Bereich Organisierte Kriminalität (in Deutschland durchschnittlich 2,7 Jahre) erfordert besonders viel Ausdauer und Kontinuität. In Kooperation mit europäischen Ländern konnte von September 2003 bis Januar zu elf großen Heroin-Beschlagnahmungen (von 10 bis 40 kg) beigetragen werden. Grundprobleme sind die Mauern des Schweigens (incl. Erschießung von Zeugen) und die kriminelle Durchsetzung von Politik bis nach oben. Aber: Seit 1999 sind die Tötungsdelikte stark rückläufig. Im 2. Halbjahr 1999 gab es 500 Tötungsdelikte (davon 150 an Serben), 244 (58) in 2000, 170 (25) in 2001, 70 in 2002 (5) auf 72 (12) im Jahr 2003.

KFOR umfasst zzt. 18.500 Soldaten aus 35 Nationen und soll bis Mai auf 17.500 herunter gehen. (1999 hatte KFOR 47.000 Soldaten, im Dezember 2002 29.350, im April 2003 26.300) Wenn nationale Vorbehalte gegenüber einer landesweiten Einsetzbarkeit aufgegeben würden, wäre eine Reduzierung um weitere 2.-3.000 möglich. Wirtschaftlich lasse sich hier mehr machen. Aber alle seien auf schnelles Geld aus.

An CIMIC habe COMKFOR kein Interesse. Das binde Kräfte und könne besser von Baufirmen mit einheimischen Kräften erledigt werden. Das Problem mit den vielen NGO's sei, dass sie nicht kooperieren würden.

SRSB Harri Holkeri: Für morgen sei ein Treffen mit den Kosovo-Serben geplant. Wahrscheinlich würden sie auch das boykottieren – wie jetzt schon die Arbeit der Assembly. Jetzt gehe es um die Implementierung der acht Standards, die im Grunde die europäischen Werte repräsentieren. Die anfänglich starken Differenzen mit dem Premierminister seien inzwischen überwunden. Der Dialog zwischen Pristina und Belgrad wurde im Juni 2003 beschlossen und im November in Wien gestartet. Wichtig war, dass der Prozess begann. Die technischen Gespräche liefen schon gut. Am 4. März wurden auf Arbeitsgruppenebene u.a. Energiefragen erörtert. Es war das erste Treffen seit Jahren mit offiziellen Experten auf beiden Seiten. Die bevorstehenden Wahlen verzögern den Prozess. Man dürfe öffentlich nicht mit dem Gegner am Tisch gesehen werden. Ein Standard ist aber der Dialogprozess. Er habe große Schwierigkeiten, Kosovo auf der internationalen Tagesordnung zu halten. An New York und Brüssel: „Don't forget us! We exist!“ Die KFOR-Reduzierungen zeigen, dass es Verbesserungen gebe.

DSRSB Cady ist seit August 2001 im Kosovo, vorher war er 19 Monate in ähnlicher Funktion bei der UN-Mission in Ost-Timor. Die Kriminalitätsstatistik entwickle sich positiv (s.o.). Es gebe immer noch mehr als 3.000 Verschwundene. 11 Kriegsverbrecher-Fälle sind abgeschlossen, 35 noch bei internationalen Staatsanwälten in Arbeit.

Am Abend des 16. März kommen zwei Meldungen: Explosion in Mitrovica (keine Verletzte); bei einem Albaner-Dorf in Nord-Kosovo hätten Serben Hunde auf Kinder gehetzt, diese seien in einen Fluss gesprungen, bisher sei erst ein Kind gefunden. Diese Meldung kann lange nicht verifiziert werden. In den Folgetagen gibt es entgegengesetzte Aussagen, dass es sich um einen Badeunfall gehandelt habe. Aber längst ist der übliche Mechanismus angelaufen. Einerseits wird die Polizei in ihren Ermittlungen systematisch durch Aussageverweigerungen behindert, andererseits schnappt sofort die ethnische Schuldzuweisung zu und wird durch polarisierte Medien hochgepuscht. Ein UNMIK-Polizist mit langer Kosovo-Erfahrung: „jetzt geht es los.“

Mittwoch, 17. März

Im Foyer des Parlamentsgebäude sind drei neue Wandgemälde zu besichtigen. Weil sie absprachewidrig ausschließlich Motive aus der kosovo-albanischen Geschichte zeigen, boykottieren die Kosovo-Serben jetzt die Assembly.

Parlamentspräsident Prof. Daci: Die Sicherheitslage sei nicht die beste, aber auch nicht die schlechteste. Gestern sei aber mit den vielen Demonstrationen ehemaliger UCK-Mitglieder ein schlechter Tag gewesen. Die Wirtschaft sei der schwächste Punkt. Dass jetzt mehr als hundert Staaten im Land wären, sei der Preis für ihre Naivität.

Der Mechanismus der Standard-Implementierung lasse keine große Wahl. Am wichtigsten sei Rule of Law.

Konsens sei auf dem ganzen Balkan möglich, er kenne den Balkan und habe Geduld.

Es bestehe der ehrliche Wunsch nach Europa. Zugleich herrsche Angst, dass in Europa viele Kräfte Kosovo nach Serbien zurückbringen wollen.

Der Bundestag sei das Parlament, das am meisten für das Kosovo-Parlament getan habe. Er wünsche, dass Bundestagspräsident Thierse zusammen mit Abgeordneten Kosovo besuche.

(Der Parlamentpräsident ist ein sehr freundlicher und dialogischer Gesprächspartner.)

Premierminister Rexhepi: Für die Implementierung der von UNMIK gesetzten Standards habe man nur 16 Monate Zeit. „Wir bemühen uns, Standards zu erreichen.“ Ende der Woche gehe der Implementierungsplan an den UN-Sicherheitsrat. Er erwartet, dass Status-Gespräche in 2005 beginnen. Alles andere würde zur Radikalisierung führen. In der Wirtschaft gebe es

bisher keine Fortschritte. Ohne die Hilfen aus der Diaspora könne Kosovo nicht überleben. „Aber wir wollen nicht als Parasiten leben.“

Vor der Tür liegen mehrsprachige Broschüren „Standards for Kosovo“ aus.

Fahrt zur **Polizeistation Lipljan/Lipjan** (Kreis südlich Pristina), die von dem deutschen Station Commander Siegbert Haensel aus Bayern geleitet wird und als relativ ruhig und Positivbeispiel gilt. Auf dem gesicherten Gelände befand sich vormals ein KFOR-Stützpunkt. Zu unserer Begrüßung gibt es eine Torte, die herzlich mit „Welcome to Kosovo“, einer etwas anderen deutschen Fahne mit schwarz, gold, rot und drei grünen Fröschen dekoriert ist. Der Verantwortungsbereich umfasst 422 qkm mit 70 Dörfern und 70.000 Einwohnern, davon 84 % Kosovo-Albaner, 13% Kosovo-Serben. Von den 18- bis 55-Jährigen sind 80% arbeitslos. 80% der Familienmitglieder erhalten Unterstützung von Angehörigen aus dem Ausland. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 150 €. Einige Dolmetscher ernähren mit ihren bis zu 700 € ganze Familien.

Dem Station Commander unterstehen 19 internationale und 103 KPS-Polizisten, davon 27 Serben. Hinzu kommen 20 Dolmetscher. In 2001 waren gemischte Streifen unmöglich, jetzt funktionieren sie problemlos. Im Verantwortungsbereich sind 800 KFOR-Soldaten einer finnisch-irischen Battlegroup stationiert, also überwiegend Einsatzkräfte. Sie seien innerhalb weniger Minuten vor Ort. Ohne KFOR im Hintergrund wäre man hilflos.

Beim Rundgang durch die Station erfahren wir die Multinationalität dieser Polizei: stellvertretender Commander ist Gurjant Dhaliwal aus Indien, KPS-Coordinator ist Emmanuel Ojukwu aus Nigeria, Chief Operations ein deutscher SEK-Beamter. Ein US-Amerikaner leitet die Investigation Unit aus zwei Internationalen und 17 KPS, ein Jordanier das Team A (2/14) etc., eine Kamerunerin die Community Policing Unit (1/7). In einem Keller hängen die Wände voll mit weit mehr als hundert beschlagnahmten Handfeuerwaffen, von alt bis neu. Am Boden steht Wasser. Man vermutet, dass Waffenbeschlagnahmungen die ca. 2 Mio. illegalen Waffen nicht reduzieren, sondern nur das Wachsen der Bestände abbremsen.

Die Zahl der Gewaltverbrechen ist in Lipjan zwar zwischen 2000 und 2003 kontinuierlich abgesunken. 2004 hat sich dieser positive Trend jedoch erheblich umgekehrt. Seit Januar gab es schon drei Morde und vier Mordversuche. Wir besuchen den Tatort eines Doppelmordes vom 19. Februar, dem ein serbischer Mann und eine serbische Frau zum Opfer fielen. Von den Familien erfuhren die Ermittler nichts, zugleich wurde schnelle Aufklärung gefordert. Binnen weniger Stunden wurde der Mord ethnisch interpretiert, vor allem in Belgrad. Inzwischen stellte sich heraus, dass es wohl eine Beziehungstat war. Einen Radiosender mit der operativen Relevanz des ISAF-Senders in Kabul (hohe Quote, hohes Ansehen) gibt es hierzulande nicht.

Rundfahrt durch den Verantwortungsbereich (Area of Responsibility - AOR)

Verkehrsumleitungen und kleine Staus zeugen von der Blockade an der Hauptstrecke. Wir kommen an mehreren KFOR-Camps vorbei. Auf einem Schützenpanzer hocken Soldaten luftig-locker in der Frühlingssonne. Die „Normalstraßen“ abseits der Hauptstraßen sind so holprig, dass allgemein 30 km/h gilt. Am Straßenrand immer wieder zugemüllte Flächen. Auffällig viele Schulkinder sind zwischen den Dörfern unterwegs.

Polizeifunk (Internationaler und KPS-Kanal): Proteste in Mitrovica, Tränengas, albanische Gegenblockade.

Bei der Durchfahrt durch die Dörfer können die Polizisten sofort zuordnen: hier wohnen Serben, da Roma, da Ashkali.

In einem neu errichteten Hochsicherheitsgefängnis sitzen 170 Gefangene, darunter viele Mörder und Mafiosi ein. Bei einer Revolte wurden Zellen in Brand gesetzt. KFOR bildete einen Außenring, Special Police Units gingen rein.

Polizeifunk: Schießerei in Mitrovica, 20 Verletzte.

Das serbische Dorf Dobrotin ist ein Hot Spot. Hier werden öfter albanische Wagen mit Steinen beworfen.

Im früher gemischt bewohnten Dorf Slovinje sind reihenweise Häuser bis auf die Grundmauern zerstört. Das geschah 1999 im Krieg, als vierzig Albaner getötet wurden. Danach wurden serbische Häuser zerstört und ihre Bewohner vertrieben. In Lipjan gab es solche Angriffe und gegenseitige offene Rechnungen nicht. Am Hang über dem Dorf ein Ehrenfriedhof.

Polizeifunk: Die Meldungen werden immer beunruhigender, die Sprecher immer hektischer. Französische Fallschirmjäger seien in Marsch gesetzt.

Am Flughafen plötzlich scharfe Zugangskontrollen. Auch unsere Diplomatenfahrzeuge werden nach Sprengmitteln untersucht.

Im Warteraum Fernsehnachrichten aus Mitrovica: Inzwischen 300 Verletzte und drei Tote durch Schusswaffen, zwei Bombenexplosionen. KFOR und UNMIK versuchen die Demonstranten zu trennen.

Die gezielte Explosion des Pulverfasses

Während wir abheben und in den ruhigen und stabilen Norden fliegen, explodieren im ganzen Kosovo Hass und Gewalt. Der Flughafen von Pristina wird gesperrt. Die gerade im Rahmen des Kontingentwechsels eingetroffenen 48 deutschen Polizisten müssen erst am Flughafen bleiben, werden später direkt zum Schutz des UN-Hauptquartiers eingesetzt.

Die folgenden Abläufe berichteten mir deutsche UNMIK-Mitarbeiter.

Lipljan/Lipjan

Was im „ruhigen“ Lipjan unmittelbar nach unserem Abschied losgeht, taucht bis auf den Artikel von Erich Rathfelder in der taz vom 20. März in keinem internationalen Medium auf.

500 Demonstranten, meist Jugendliche, zogen in Richtung der Straßensperre. Mit Überredungskünsten konnten drei UNMIK-Polizisten und ca. zehn KPS'ler die Demonstranten zunächst noch aufhalten. Am Stadtrand flogen Steine, Fahrzeugen wurden Reifen aufgeschlitzt, Scheiben eingeworfen, ein serbisches Haus attackiert. Die Polizisten waren auf sich gestellt. Aus Pristina gab es keine Verstärkung. Die Lage war außer Kontrolle. Die Polizisten mussten sich auf das Gelände der Station zurückziehen, sicherten am Zaun mit gezogener Pistole. Ringsum wurden Handgranaten auf serbische Häuser geworfen, fielen Schüsse.

Erst nach einiger Zeit rückte KFOR an und schützte von da an die Station. Am Mittwoch gab es 14 Verletzte, einen toten Serben, zwei tote Albaner. KFOR machte von der Schusswaffe Gebrauch. Gegen 22.00 Uhr war die Lage wieder unter Kontrolle.

Die UNMIK-Polizisten wohnen bei Privatleuten zur Untermiete. Das Wohnhaus eines deutschen Polizisten wurde völlig niedergebrannt. Er besitzt nur noch, was er am Körper trug. Am Donnerstagmorgen flogen Handgranaten gegen das Haus eines Vermieters. Die Internationalen mussten sich mit Sack und Pack in die Station zurückziehen. 50 Polizisten kamen aus Pristina zur Verstärkung. Gegen 13.00 Uhr zogen ca. 300 Demonstranten durch das Städtchen, eine Statue am Gemeindehaus wurde umgeworfen, Fenster eingeworfen.

Gegen 15.30 befanden sich 800-1000 Demonstranten auf der Hauptstraße, es wurden Handgranaten und Schusswaffen mitgeführt. Die Polizisten mussten sich zurückziehen und verbarrikadieren. Jetzt war KFOR schneller zur Stelle. Soldaten besetzten das Dach, Polizisten verteilten sich rundum auf den Stockwerken. Auf der gegenüberliegenden Seite flogen Granaten, Häuser wurden in Brand gesetzt. Von allen Seiten waren Schüsse und – insgesamt ca. 25 - Explosionen zu hören. Es war unmöglich, die Station zu verlassen. Nach 21.00 Uhr kehrte wieder Ruhe ein.

In Lipjan brannten 22 Häuser ab, „es war Bürgerkrieg“. Die Demonstranten waren zunächst überwiegend Jugendliche, gegen Abend zunehmend Ältere. Bürger, die den Gewalttättern ent-

gegen getreten wären, wurden nicht gesehen. Eher gab es Schlachtrufe. In den Dörfern lief es glimpflicher, Familien wurden evakuiert.

Tatverdächtige zu finden, ist äußerst schwer, weil es während der Ausschreitungen keine Dokumentation gab.

Die serbischen KPS`ler erschienen seit Freitag nicht mehr zum Dienst. Das war landesweit so. Albanische KPS`ler können vorläufig nicht in serbische Dörfer geschickt werden, gemischte Patrouillen sind auf absehbare Zeit nicht denkbar. KFOR hat wieder stationäre check points und Posten an gefährdeten Objekten eingerichtet.

Den Nachbarort Caglavica, Ausgangsort der Unruhen, versuchen am Mittwochnachmittag Tausende Albaner von Pristina aus zu stürmen. Polizei und KFOR, darunter auch US-Marines, verteidigen den Ort.

Prizren

Die Demonstranten gingen am Mittwochnachmittag erst auf die Polizei Station los, dann auf das Regional Headquarter der Zivilverwaltung. UNMIK Police und KPS verteidigten die Gebäude unter größter Anstrengung. Zum Schutz gegen die Steinhagel hatte nur die erste Reihe der Polizisten Helm und Schild. Deshalb erlitten 42 Polizisten (24 KPS und 18 Internationale) vor allem schwere Prellungen und Platzwunden. Über eine Demo-Vollausrüstung verfügen nur die UNMIK Special Police Units, auf die man sich verlassen hatte, die aber nicht kam. Auch KFOR kam mit großer Verspätung. Die Reaktionszeit war zu lang. Von Seiten der Polizei wurde nicht geschossen. Das gelang nur mit Mühe. Die Ausschreitungen gingen am Donnerstag weiter. Jetzt kam auch argentinische SPU mit Tränengas zum Einsatz.

Die Masse der Demonstranten reichte von Kindern und Jugendlichen bis Mitte zwanzig, darunter einzelne Ältere. Sie waren hoch organisiert, geradezu generalstabsmäßig geplant. Die Demonstranten hatten Steine, Molotow-Cocktails und Waffen dabei. Sie zielten darauf, die Sicherheitskräfte zu verzetteln und zu binden. 36 Häuser und alle zehn orthodoxen Sakralbauten (Kirchen, Klöster, Priesterseminar) wurden angegriffen und in Brand gesetzt. Es war pure „ethnische Säuberung“. Außerdem wurden 16 UN-Fahrzeuge zerstört.

Ein Polizist mit langer Kosovo-Erfahrung: Die Ausschreitungen übertrafen die schlimmsten Befürchtungen. Sie erinnerten an Juli, August 1999. Für Serben ist es jetzt wieder lebensgefährlich, auf die Straße zu gehen.

Jetzt werden Tatorte zusammengestellt und bei Fernsehsendern beschlagnahmte Videobänder ausgewertet. Dann kommt es darauf an, auch wirklich alle Verdächtigen festzunehmen.

Nach dem, was aus anderen Bezirken zu hören ist, waren die Ereignisse von Prizren aber fast noch eine Lightversion.

Mitrovica

Hier gab es 412 verletzte Zivilisten, 30 verletzte Polizisten, elf Mordfälle. Die ersten Toten sollen Albaner sein, die von serbischen Scharfschützen erschossen worden sein sollen. Hier wurden auch ein dänischer und ein französischer Soldat schwer verletzt.

Schon gegen 8.00 Uhr am 17. März versammelten sich ungefähr 5.000 Demonstranten, darunter 400 Schüler. Gegen 11.00 Uhr überquerten ca. 800 Demonstranten gewaltsam die Brücke zwischen dem albanischen Südteil und dem überwiegend serbischen Nordteil. Special Police Units setzten Tränengas ein. Danach wurden immer wieder Handgranaten und Steine geworfen und mehrere UN-Fahrzeuge und ein KFOR-Fahrzeug beschädigt.

Es kursieren Vorwürfe, die hiesigen französischen KFOR-Einheiten seien zu passiv gewesen – mit der Absicht, den Abzug der letzten Albaner aus dem Norden und der letzten Serben aus dem Süden zu befördern. Das KFOR-Verhalten soll der Menschenrechtsaktivist Habit Berani per Video dokumentiert haben. Er wurde am 19. März verhaftet.

(Von Seiten des Verteidigungsministeriums waren bisher keine genaueren Angaben zu den Ereignissen in Mitrovica zu bekommen.)

Allgemein

So etwas haben bundesdeutsche Polizisten noch nicht erlebt: rechts und links brennende Häuser, wild um sich schießende Männer. Ein Kernproblem war die mangelnde Koordination zwischen KFOR und UNMIK. Wenn KFOR direkt angegriffen wurde, schossen Soldaten auch scharf, z.B. bei Caglavica auf den Fahrer eines Lkw's, der einen Wasserwerfer rammen wollte, und auf Schützen auf umliegenden Hausdächern. Ein Indiz für die zentrale Steuerung der Aktion war die Tatsache, dass schlagartig ab 21.30 an vielen Orten Schluss war mit Schießereien und Handgranatenexplosionen. Am 18. März morgens demonstrierten in Pristina 50-100 Jugendliche gegen die Ausschreitungen.

Lt. UNMIK-Statistik vom 21. März kamen insgesamt 27 Menschen um. Verletzt wurden 848 Zivilisten, 70 KPS und 28 UNMIK-Polizisten, 67 KFOR-Soldaten, drei davon schwer. In Brand gesetzt wurden 241 Häuser, 28 Sakralbauten, eine Schule, ein Hospital. Zerstört wurden 74 UNMIK-Fahrzeuge und fünf KPS-Steifenwagen. 121 Personen wurden verhaftet.

Zusammenfassung

(1) Um Missverständnissen vorzubeugen: Nachher ist man immer klüger. Es geht um nüchterne und vorbehaltlose Analyse der Schwächen und Stärken des Agierens der Stabilisierungskräfte, der internationalen und lokalen Politik, nicht um Schuldzuweisungen. Gerade die deutschen UNMIK-Polizisten scheinen sich in schwierigster und gefährlichster Situation und streckenweise auf sich gestellt hervorragend bewährt zu haben. Zu anderen Akteuren fehlen mir die Urteilsgrundlagen.

Die umfassende Analyse der Unruhen wird hierzulande nach meinen Erfahrungen bisher durch zwei Tendenzen behindert: a) Für uns Parlamentarier ist auf Seiten der Bundesregierung kein „nationales Lagebild“ der Vorfälle erkennbar, sondern nur Lagebilder aus Sicht der verschiedenen Ressorts, zwischen denen ein Informationsaustausch stattfindet. Das ist nicht nachvollziehbar und kontraproduktiv! b) Teilweise ist eine Tendenz zu beobachten, bei der das schnelle Heranführen von NATO-Reserven hervorgehoben und die reale Niederlage vom 17./18. März heruntergespielt wird. Das wird begünstigt durch ein verkürztes Medienbild der Ausschreitungen, die sich zum großen Teil außerhalb der Linsen internationaler Medien abspielten und zu kurz waren, um nachhaltig Aufmerksamkeit zu erringen.

(2) In den letzten zwei Jahren konnte KFOR immer mehr Schutzaufgaben an UNMIK Police und die aufwachsende KPS abgeben, stationäre Bewachungen und Eskorten reduzieren. Für Minderheiten gab es zunehmend Bewegungsfreiheit. In verschiedenen Gemeinden lebten die Ethnien einigermaßen friedlich nebeneinander. Es gab einige Beispiele vorsichtiger Hoffnung. Ihr Gewicht realistisch einzuschätzen, war gerade für politische Kurzbesucher kaum möglich, zumal ich notorisch auf der Suche nach hoffnungsvollen Ansätzen bin.

(3) Für die Experten von UNMIK und KFOR war die grundsätzliche Lageverschärfung (allgemeine politische und wirtschaftliche Frustration, Polarisierung und Radikalisierung, Gewaltbereitschaft) wie auch das schnelle Eskalationspotential seit vielen Monaten bekannt. Bei Politikerbesuchen vor Ort wurde das klar benannt. (vgl. die Äußerungen im Anhang).

(4) Nichtsdestoweniger reduzierte die Staatengemeinschaft massiv ihre militärischen und polizeilichen Stabilisierungskräfte. Eine noch schnellere Reduzierung wurde u.a. von der Bundesrepublik abgelehnt. Andere Krisenherde wie Afghanistan und vor allem Irak absorbieren Aufmerksamkeit, Engagement und Ressourcen. Eine „Balkanmüdigkeit“ wuchs. Noch am 16. März hielt man bei KFOR eine weitere Reduzierung für möglich.

(5) Die internationalen Kosovo-Erfahrenen vor Ort nahmen selbstverständlich die Zunahme von Gewalttaten wahr. Ausmaß, Intensität und Organisiertheit der Proteste scheint aber alle überrascht zu haben. Eine nachrichtendienstliche Akutwarnung hat es zumindest nicht ausreichend gegeben. Hier stellt sich u.a. die Frage, wieweit die Untergrundstrukturen noch über modernste, abhörsichere Kommunikationsmittel verfügen, die 1999 von den USA an die UCK gingen.

(6) Vor allem am Mittwoch, 17. März, verloren KFOR und UNMIK zeitweilig die Kontrolle. KFOR konnte über Stunden seinen Kernauftrag, neue Feindseligkeiten zu verhindern und ein sicheres Umfeld zu garantieren, nicht erfüllen. Die Demonstranten und Gewalttäter gingen ausgesprochen raffiniert vor: Die Eröffnung vieler gleichzeitiger Protestfronten in allen Regionen und mehrere Demonstrationen an einem Ort (wie Prizren) zersplitterten und banden die Kräfte von KFOR und Polizei. Mit Blockaden wurden KFOR und SPU aufgehalten. Demonstrantenmassen mit vielen Jugendlichen, darin Gewalttäter mit Steinen, Molotowcocktails, Handgranaten nutzten voll die Fähigkeitslücken z.B. von dt. KFOR (keine Demodistanzbewaffnung) und Selbstbindungen durch Rules of Engagement (Verhältnismäßigkeit, kein Schießen in eine Menge). Die „Veteranenvereinigung“ der UCK soll eine stark organisierende Rolle gespielt haben. Auf einen solchen worst case eines umfassenden zivil-gewalttätigen, asymmetrischen Angriffs auf Peacekeeper waren die multinationalen Stabilisierungskräfte nicht genügend vorbereitet.

(7) So blieb genügend Raum und Zeit für gezielte und umfassende „ethnische Säuberungen“. Dass dies in diesem Umfang möglich war, wirft alle mühseligen Stabilisierungsbemühungen und Vertrauensbildungen um Jahre wieder zurück. Manche Kosovo-„Veteranen“ sagen: bis 1999. Es ist eine massive Niederlage für die Staatengemeinschaft von UN bis NATO, die hierbei in beispielloser Weise vorgeführt und angegriffen wurde.

Angesichts eines solchen Potentials von leicht entzündlicher Frustration und ethnischer Fixierung und Feindschaft, von Gewaltbereitschaft und Gewaltfähigkeit, von familiären und Untergrundstrukturen, die mit Organisierter Kriminalität verwoben sind: Wiederholungen sind wahrscheinlich, Verschärfungen und Ausweitungen möglich! Waren die Tage im März 2004 eine Generalprobe?

(8) Ein eingefrorener Konflikt ist explodiert und einer balkanmüden Staatengemeinschaft wieder vor die Füße gefallen. Vor allem für die EU gilt: Die Stabilisierung des Balkan ist eine prioritäre und Daueraufgabe, die sich eben nicht mit weniger Aufmerksamkeit und Engagement und binnen weniger Jahre erledigen lässt.

(9) Zuerst steht die Durchsetzung des UN-legitimierten Gewaltmonopols gegenüber den Tätern der Unruhen und gegenüber den Untergrundstrukturen auf der Tagesordnung. Angesichts der Solidarisierungsrisiken ist das leichter gesagt als getan. Aber das Signal der Internationalen Gemeinschaft muss klar sein: Solche Gewaltproteste richten sich gegen die Internationale Gemeinschaft insgesamt. Ein unabhängiger Kosovo, wo solche Kräfte freies Spiel haben, wäre eine Bedrohung der europäischen und internationalen Sicherheit.

(10) Auf den Prüfstand gehören die internationalen Bemühungen um Stabilisierung, Aufbau und Friedensförderung: die Realisierungschancen eines multiethnischen Zusammenlebens; der politische Prozess der Annäherung der Statusfrage über die Implementierung der Standards (eine Umkehrung, erst Status, dann Standards, wäre ein Sicherheitsrisiko erster Güte); die künftigen Rollen von UN, EU und NATO; die Kohärenz der Akteure und Maßnahmen; die Gewichtung der verschiedenen Instrumente. Wenn die CDU/CSU z.B. Ausgaben für den Zivilen Friedensdienst als Geldverschwendung brandmarkt, dann ist genau das Gegenteil rich-

tig: Verständigungsprozesse, das Zurückdrängen der ethnischen Fixierungen in den Köpfen und Herzen brauchen viel mehr und nicht weniger Investitionen.

(11) Das alles bleibt ein Kampf gegen Windmühlenflügel, wenn der Aufbau- und Friedensprozess nicht mehr und eindeutiger von den Menschen und Politikern im Kosovo mitgetragen werden. Wie sollen sie das aber, wenn die realen wirtschaftlichen Perspektiven des Kosovo insgesamt düster sind, wenn für eine wachsende Zahl junger Männer Auswandern oder Kriminalität die naheliegendsten Perspektiven zu sein scheinen. Umso mehr gilt: verlässliche und nicht entmündigende Unterstützung für diejenigen, die was für sich und einen friedlichen Kosovo tun wollen.

(12) Das kleine Land Kosovo zeigt der großen Staatengemeinschaft, der reichen EU und der starken NATO die riesigen Schwierigkeiten eines externen Nation Building. Trotz aller Optimierungsmöglichkeiten im Einzelnen verweisen Kosovo, Afghanistan etc. auf Wirksamkeitsgrenzen internationaler Friedenssicherung.

(13) Zu den internationalen Polizeimissionen:

- Im Rahmen von Friedensmissionen und Nation/Institution Building haben internationale Polizeimissionen eine Schlüsselrolle für einen selbst tragenden Stabilisierungsprozess. Das ist in der Fachgemeinde seit langem bekannt, zu wenig jedoch in der Politik allgemein und in der Öffentlichkeit.

- Damit Polizisten aus vierzig, fünfzig Staaten überhaupt bei Exekutivaufgaben, bei Beratung, Ausbildung, Monitoring, Kontrolle zusammenarbeiten und in Richtung Rechtsstaatlichkeit wirken können, sind gemeinsame Standards notwendig. Diese sind zunächst angesichts der sehr unterschiedlichen Polizeikulturen von UN-Mitgliedsstaaten (von verschiedenen rechtsstaatlichen Varianten über autoritäre bis zu brutal-diktatorischen Systemen) nicht gegeben. Der Minimalkonsens an Standards ist mit einer UN-Multinationalität noch schwerer zu erreichen als mit einer OSZE- oder EU-Multinationalität. In Europa ist deshalb vor allem die EU gefordert, mittelfristig auch im Kosovo.

- Auslandseinsätze sind eine neue Daueraufgabe der Polizeien. Sie sind unverzichtbar für internationale Friedenssicherung, zur Bekämpfung von Menschen-, Drogen-, Waffenhandel und Organisierter Kriminalität und bringen direkten Nutzen für europäische und deutsche Sicherheit. Sie sind eine gesamtstaatliche Aufgabe, zu der Bund und Länder gemeinsamen beizutragen haben und wo die Befristung des Länderbeitrages (Übernahme der laufenden Personalkosten von entsandten Polizisten nur für ein Jahr) nicht zu rechtfertigen ist. Die Wahrnehmung dieser strategischen Sicherheitsaufgabe ist keine Rest-, gar Luxusaufgabe und darf nicht durch Ländervorbehalte und Personalmangel unterlaufen werden. Bundeswehrsoldaten werden so viele wie operativ nötig geschickt. Polizisten werden so viele wie laut Länderbereitschaft, freiwilliger Meldung und Kassenlage verfügbar geschickt. Das ist ein Beispiel für die strukturelle Unausgewogenheit militärischer, polizeilicher und ziviler Mittel. Notwendig ist ein Personalpool von Bund und *allen* Ländern, für Polizeimissionen und die Beseitigung der vielen kleinen Entsendehindernisse. Notwendig ist ein langfristiges, zwischen Bund und Ländern abgestimmtes Konzept zur gezielten Besetzung von Polizeimissionen.

- Da die Anforderungen an Polizeimissionen steigen, ist Vorsorge für eine Verbreitung der Qualifikationsbasis zu schaffen.

- Polizeimissionen brauchen deutlich mehr politische und öffentliche Aufmerksamkeit – nicht nur, weil die entsandten Beamten sie mehr als verdient haben. Vermehrte Aufmerksamkeit ist notwendig für die Stärkung dieses wichtigen neuen Instruments gemeinsamer und vorbeugender Sicherheits- und Außenpolitik.

Anhang

Auszüge aus meinem Teilbericht von der Studienreise „Friedensarbeit auf dem Balkan“ 26. Oktober bis 2. November 2003

(Der Gesamtbericht wird in Kürze vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk/IBB Dortmund veröffentlicht.)

UNMIK-Police

Abendessen mit zehn **deutschen Polizeibeamten** von BGS, BKA, Länderpolizeien, die überwiegend bei der UNMIK-Police, aber auch OSZE-Polizeischule und German Support Team arbeiten. Für einige ist es der zweite bzw. dritte Balkan-Einsatz. (...)

- Mitrovica: Von den 381 UNMIK-Polizisten kommen je hundert aus Europa und den USA. Schwierig sei die Integration der lokalen Polizei. Waffen gebe es massenhaft. Täglich wird mindestens eine Kalaschnikov gefunden. Immer wieder gebe es Handgranatenwürfe. Im letzten Halbjahr gab es drei Angriffe auf deutsche Polizisten, ein indischer Polizist wurde ermordet. Ende des Jahres sei die Umstellung der Nummernschilder ein Hauptkonfliktpunkt.

- Verwaltungsprobleme: Man bekam einen Generator, kämpft aber seit Februar um Sprit! Der UN-Apparat sei extrem unflexibel. Es sei ein Problem, für den KPS ein Fahrzeug zu bekommen. Unzufriedenheit mit den UN, ihren Strukturen und ihrer Personalauswahl wird mehrfach geäußert. **Die EU müsse schnell das Steuer übernehmen. Das Kosovo sei ein Pulverfass, das wieder los gehe, wenn Europa nicht übernehme.** (Hervorhebung nachträglich) (...)

Gespräch mit dem Leiter des **Deutschen Verbindungsbüros, Peter Rondorf**

Wie labil die Sicherheitslage ist, habe die kürzliche Verhaftung des Kommandeurs des Kosovo Protection Corps, Generalleutnant Ceku, in Laibach/ Slowenien aufgrund eines Interpol-Haftbefehls gezeigt: Beim Kosovo Protection Corps sei der Befehl ausgegeben worden, auf weitere Anordnungen zu warten. Eine serbische Journalistengruppe in Pristina erhielt eine Warnung. **Die Lage war kurz vor der Explosion. (Ceku wurde schnell wieder freigelassen.) Die Lage sei nicht ruhig und nicht stabil, die Gewaltbereitschaft enorm hoch. Wenn nicht irgendwann die Unabhängigkeit käme, dann gehe es wieder zu den Waffen. Am Wochenende griffen Albaner französische KFOR-Soldaten an. Gegenüber dem Vorjahr habe sich die Sicherheitslage verschlechtert, die interethnischen Spannungen nähmen zu. Es gebe Schüsse und Bomben auf Serben.** (Hervorhebung nachträglich)

Mit der Organisierten Kriminalität verbinde sich vielleicht das wichtigste deutsche Interesse: Kosovo dürfe kein „schwarzes Loch“ werden. Lange Zeit habe es gebraucht, das KOCB aufzubauen. Das dürfe jetzt nicht wieder reduziert werden. Zeugenschutzprogramme gibt es nicht. In diesem kleinen Land kennt man sich, kann man sich nicht verstecken.

Statusfragen: Für die Internationale Gemeinschaft (I.G.) steht die Statusfrage nicht auf der Tagesordnung. Zzt. läuft die Operationalisierung der Standards. Steiner's Losung war „erst Standard, dann Status“ – auf diesem Weg machen die Albaner nicht mehr mit. In ihrem Willen nach Unabhängigkeit sind sie sich einig. Belgrad wäre maximal zu einem Höchstmaß an Autonomie bereit.

Es stellt sich die Schlüsselfrage, wieweit ein Protektorat überhaupt erfolgreich sein kann. 2,4 Mrd. € steckte die I.G. seit 1999 in dieses Land – trotzdem ist die Wirtschaft marode, funktionieren die Institutionen nicht. Hat die I.G. zu viel an sich gerissen? Kosovaren sagen: „Was können Georgier und Ghanesen uns beibringen?“ Andererseits mangelt es an verantwortungsvoller Ausfüllung von Kompetenzen, z.B. in Bildung und Gesundheit. Es habe sich eine Kultur der Abhängigkeit entwickelt. Hat die I.G. zuviel getan?

Nicht die EU hat hier ein standing, sondern die USA. Kosovo habe nur Zukunft als multiethnisches Gebilde – andernfalls würde es ein zweites Albanien.

Wirtschaftliche Perspektiven: Kosovo war noch nie wirtschaftlich lebensfähig. Wir wissen nicht einmal die Höhe des BSP und wie viele Menschen hier leben. Der Import ist doppelt so hoch wie die gesamte Inlandsproduktion. Zwei Drittel aller Lebensmittel werden importiert. Hohe Überweisungen kommen aus dem Ausland. Die Landwirtschaft ist auf Subsistenzniveau, eine verarbeitende Industrie – angefangen bei haltbarer Milch – gibt es nicht. Es gibt kein sich selbst tragendes Wachstum.

Bei ca. 2 Mio. Einwohnern haben vielleicht 200.000 eine reguläre Arbeit. 70% der Bevölkerung sind unter 30 Jahre – wie in Algerien oder Pakistan. Eigentlich müssten pro Jahr 30.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Keiner hat eine Idee, wie das geschehen könnte. Auch bessere Rahmenbedingungen würden Arbeitslosigkeit kaum abbauen. Kosovo ist ein klassisches Arbeitskräfteexportgebiet.

Aber es gibt auch positive Entwicklungen:

Eine Gruppe serbischer Journalisten sprach draußen selbstverständlich Serbisch und wurde normal von Albanern angesprochen. Unter jungen Leuten gibt es weniger Hardliner. Die Assembly funktioniert insgesamt recht gut, im Präsidium werde gut zusammengearbeitet. Bei Serben gibt es einen starken Rückkehrwillen, manchmal sogar spontan.

Die Probleme im und mit dem Kosovo sind längst nicht bewältigt! „Seien Sie unsere Lobby!“

KFOR, Multinational Brigade (MNB) Southwest, Briefing durch Brigadegeneral Bergmann, 7. Kontingent.

Die Brigade entstand vor einem Jahr aus der Zusammenlegung der MNB West (Lead Nation IT) und MNB South (DEU) und ist die einzige Brigade mit einer wechselnden Lead Nation.

Der Verantwortungsbereich der Brigade umfasst 44% des Kosovo und ein Gebiet von 115 km Länge und 60 km Breite und 276 km Grenze. Hier leben 827.000 der insgesamt 1,9 Mio. Einwohner, darunter 37.800 Bosniaken, 11.900 Türken, 8.750 Roma, 7.200 Ägypter, 2.600 Serben (insbesondere im Raum Orahovac). KFOR insgesamt umfasst im November 2003 ca. 20.000 Soldaten aus 17 NATO- und 17 Nicht-NATO-Staaten.

Auftrag von KFOR:

- militärische Absicherung der Friedensregelung für das Kosovo auf Basis der UN-Resolution 1244
- Gewährleistung eines sicheren Umfeldes für Flüchtlingsrückkehr in enger Zusammenarbeit mit UNMIK, IO's und NGO's.

Schwerpunkte des Kommandeurs: Versöhnung, Aussöhnung, Schlichtung, Entwicklung, Weiterentwicklung (...)

Auftrag der MNB SW: Erhalten eines sicheren Umfeldes, Sicherstellen einer funktionierenden Grenzkontrolle, Verhindern des Ausbruchs neuer Gewalt, Unterstützung von UNMIK im Rahmen freier Kapazitäten.

Risiken und Bedrohungen:

Organisierte Kriminalität hat ihre Zentren in den größeren Städten. Der Dragas-Zipfel zwischen Albanien und Mazedonien ist eine besondere Schmuggelgegend. Ständig werden illegale Waffen und Munition gefunden. Hierzulande gehöre für den Mann die Waffe dazu, diene aber auch als Schutz vor Bedrohungen. Eine Waffenamnestie ist im September mit nur schwachem Ergebnis abgelaufen. Die Waffen und Munition werden unbrauchbar gemacht.

Immer wieder kommt es zu ethnisch begründeter Gewalt. Ein Feuerüberfall auf Kinder in Gorazdevac ist noch nicht aufgeklärt. Eine relativ ruhige Lage kann plötzlich hoch kochen. Die Gewaltbereitschaft ist erheblich. Zwischenfälle werden sofort propagandistisch ausgeschlachtet. (Hervorhebung nachträglich)

Militärische Aktivitäten:

Mit Patrouillen zu Fuß, mit „Fuchs“ oder Mountainbike wird Präsenz gezeigt. Die Soldaten seien bei der Mehrheit beliebt. „Besatzer“ habe man nie gehört. Zeitlich begrenzte Kontrollpunkte, Objektschutz an serbischen Klöstern, Häusern, Amselfelddenkmal, Eskorte z.B. für

Menschen aus einem serbischen Dorf, die in der Stadt einkaufen wollen. Solche Aufgaben werden zunehmend an die Polizei abgegeben. KFOR-Aufgabe bleibt dann, Sicherheit im Raum zu gewährleisten. Das setzt aber auch weiteren Kräftereduzierungen Grenzen. Die Grenzüberwachung ist im Sektor SW unverändert Einsatzschwerpunkt und in den Bergen eine schwierige wie strapaziöse Aufgabe.

Für das Ziel Versöhnung soll der Dialog zwischen den Volksgruppen ermöglicht, Vertrauen geschaffen, Vorurteile abgebaut werden. Dies geschieht mit Workshops in multiethnischen Schulklassen, kommunalen Projekten. Der Völkerverständigung sollen multiethnische Kindergärten, Märkte, Ski- und andere Kurse dienen. Im Rahmen von CIMIC und in Kooperation mit NGO's (z.B. ZFD) werden sechs Rücksiedlerprojekte durchgeführt, z.B. in Orahovac und Novake bei Prizren. Geholfen wird beim Wiederaufbau der Infrastruktur, z.B. Brücken. Soldaten klären in Schulen über Minengefahren auf.

Das inzwischen 7. deutsche Kontingent umfasst 3.233 Soldaten. (...) Material ist eingelagert für Einsatzkräfte eines **ORF Btl: In der Übung Dynamic Response vom 2.9.-12.9.2003 wurde der normale Einsatz von eingeflogenen Reservekräften geübt. Das war ein deutliches Zeichen, wie schnell bei einer Lageverschärfung ggfs. verstärkt werden könnte.** (Hervorhebung nachträglich) (...) Schlussbild im Briefing: Soldat mit zwei Jungs vor einer Kirche: „... sie brauchen uns noch! Für eine bessere Zukunft im Kosovo“

CIMIC-Präsentation: CIMIC agiert zwischen einheimischer Bevölkerung/lokalen Autoritäten, IO's, GO's und NGO's sowie dem militärischen Kommandeur. Operationsfelder sind Mitwirkung beim Wiederaufbau von Infrastruktur, unmittelbare/humanitäre Hilfe, Feststellung der Lebensbedingungen/Informationsgewinnung, Beratung beim Aufbau von nachhaltiger Entwicklung, Regionale Zusammenarbeit mit IO/GO/NGO.

Übergeordneter Auftrag von CIMIC ist, mit den o.g. Aktivitäten der Erhöhung der Sicherheit für KFOR-Soldaten („force protection“) zu dienen: Vertrauensbildung KFOR-Bevölkerung durch aktive Hilfe sowie Hilfe zur Selbsthilfe, Verbesserung der Lebensumstände, Unterstützung der zivilen Implementierung, Verzicht auf Gewalt. Zusätzlich soll das positive Effekte für die Entwicklung geben und letztendlich Militär überflüssig machen. (...)

Kosovo-Besuch mit Minister Struck 16./17. April 2003

SRSG Michael Steiner konstatiert: Bis Dezember gab es noch Tendenzen der Besserung. Jetzt ist der Honeymoon vorbei, die zentrifugalen Kräfte werden stärker. Nach dreieinhalb Jahren kommt der verschobene Konflikt wieder hoch, die einen für Unabhängigkeit, die anderen für Teilung. Die Arbeitslosigkeit liegt im Schnitt bei 56%, eine wirkliche Perspektive zu ihrer Überwindung gibt es nicht. Mehr als 50% sind jünger als 20 Jahre.

Die Hauptsolidarität der Kosovo-Albaner gilt den Amerikanern als Befreier. Dass der beste Freund im Irak mit Gewalt vorgeht, fördert eine Gewaltbereitschaft, „wenn's anders nicht geht“. Zugleich sinkt das Ansehen des Sicherheitsrates, wird die UN-Kritik der USA schnell übernommen. Die „Albanische Nationalarmee“, zunächst nur ein Internet-Phänomen, versuchte einen Anschlag auf die Eisenbahnstrecke im Norden, im serbisch besiedelten Gebiet. (Verfehltes) Ziel war ein Zug mit ca. 500 Passagieren!

Seit dem 11. September sei die Bereitschaft zur internationalen Präsenz gesunken. Spätestens in 2004 liege die Statusfrage auf dem Tisch.

Der Westbalkan könne auf Dauer keine Enklave gegenüber Europa sein. Es muss einen konditionierten Weg geben. Vor allem müssen die Köpfe weg kommen von der ethnischen Fixierung. Normale Leute wollen Arbeit, Kriminalitätsbekämpfung.